

Zeitschrift: Bündnerisches Monatsblatt : Zeitschrift für bündnerische Geschichte, Landes- und Volkskunde
Herausgeber: F. Pieth
Band: 20 (1869)
Heft: 2

Artikel: Zur Auswanderungsfrage
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-720402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Auswanderungsfrage.

1.
Aus vielen Kantonen der Schweiz und so auch aus Graubünden nimmt die Auswanderung nach den überseeischen Ländern neuerlich in einem Grade zu, daß man von Seite des Gesamttstaates, wie der einzelnen Kantone, Gemeinden und Vereine, die sich um das Volkswohl interessieren, darauf aufmerksam werden muß und dahin zu streben veranlaßt ist, einerseits so weit möglich die Hauptgründe der Auswanderung aufzuheben und für diejenigen, welche auszuwandern gezwungen sind, oder sich durch nichts davon abhalten lassen, wenigstens in so weit zu sorgen, daß für sie in der neuen Welt, welcher sie sich zuwenden, die nöthigen Vorkehrungen für ein gesichertes Fortkommen bei erforderlichem Fleiße getroffen werden.

In letzterer Beziehung hat der schweizerische General-Konsul Hitz in Washington in seinem Berichte vom 23. Nov. 1868 an den h. Bundesrath Mittheilungen gemacht und Rätze ertheilt, welche zu allgemeiner Kenntniß zu gelangen verdienen. Wir theilen hier daraus Folgendes mit: Dieser Bericht bezweckt, den schweizerischen Staatsmännern genaue Einsicht in die vielseitigen Vortheile zu gewähren, welche man hier zu Lande bemüht ist, europäischen Arbeitskräften entweder faktisch anzubieten oder vorzuspiegeln, um dieselben von der Heimath abtrünnig zu machen und zu veranlassen, nach den Vereinigten Staaten überzusiedeln. Diese während den letzten Jahren, besonders seit Beendigung des hiesigen Bürgerkrieges, enorm gesteigerten Lockungen wünscht Unterzeichneter dem schweizerischen Staatsmann und Nationalökonomem klar vor Augen zu führen, damit derselbe einsichtsvoll zu Werke gehen kann und nicht nur solchen Uebeln abhilft, welche Veranlassung zur Auswanderung oder vielmehr einheimischen Entvölkerung geben, sondern damit derselbe auch Mittel und Wege findet, sogar die hier gebotenen Vortheile für den Einwanderer zu paralysiren, auf daß eine vollkommene Entwicklung der bestehenden Industrie angestrebt wird, sowie Einführung neuer Arten von Beschäftigungen, welche den Landesverhältnissen angemessen sind und den Arbeitskräften des Vaterlandes hinlänglich lohnende Entschädigung für ihre Anstrengungen bieten, um auch in materieller Hinsicht der Heimath den Vorzug vor dem Auslande einzuräumen. Gegen eine mäßige Auswanderung der eingebornen Schweizer wird kein Staatsmann Einwendung machen wollen. Es ist für den Schweizer ein Grundsatz seiner politischen Freiheit, daß er sich nach Belieben bewegen kann, und daß er ungehindert seiner Wohlfahrt nachstreben darf. Damit ist aber nicht gesagt, daß diese Freiheit der Bewegung uns ohne Interesse für die Zukunft des Staates und der Heimath lassen soll. Für den Vater-

landsliebenden und einsichtigen Schweizer sollten faktisch keine Gründe vorliegen, welche ihm die Auswanderung vortheilhaft erscheinen lassen oder gar nothwendig machen. In politischer und sozialer Beziehung wird er sich in keinem Lande, selbst nicht hier in Amerika, glücklicher stellen können. Er hat in dieser Beziehung nicht die nämlichen Beweggründe zur Auswanderung, die z. B. den Deutschen und Irländer dazu bestimmen. Es muß also ein anderer Grund vorhanden sein, warum die Auswanderung schweizerischer Arbeitskräfte jährlich zunimmt. Mögen schweizerische Staatsmänner diesen Grund ermitteln und durch einsichtsvolle Bestrebungen zu beseitigen suchen!

Der Unterzeichnete glaubt es als seine Pflicht zu erkennen, die Gründe anzugeben, warum so viele Europäer hier einwandern, und er erachtet es als seine Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß die täglich erleichterte Uebersiedlung nach dem an Naturreichthümern und Schönheiten gesegneten Amerika, wo beständig neue und lockendere Vortheile sich darbieten, gewiß in keinem entfernten Zeitraume eine Uebersiedlung der schweizerischen Bevölkerung mit sich bringen wird, welche selbst mit der Zeit eine thatkräftige Erhaltung unserer heimathlichen Institution und jedenfalls des öffentlichen Wohles gefährden könnte. Diesem Ereignisse vorzubeugen, ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe von weitreichender Verantwortlichkeit, und der Unterzeichnete glaubt, zur Lösung derselben einigermaßen beitragen zu können, wenn er in nachfolgender Weise eine klare Darstellung der hierortigen Bestrebungen in dieser volkswirthschaftlichen Richtung einem hohen Bundesrathe zur geeigneten Verwendung unterbreitet.

Anziehungsmittel.

I. Die Bundesregierung hat schon auf mannigfache Weise zur Erleichterung der Einwanderung Schritte gethan, wie z. B. durch Erlaß verschiedener Gesetze über den Transport und Schutz der Einwanderer zur See und zu Lande, ferner über die Errichtung eines Bundes-Einwanderungsbüreaus, durch welches vorzüglich die Landesvertreter im Auslande mit allen möglichen Druckschriften und Informationen versehen werden, welche dann auf geeignete Weise durch jene Agenten dem sie umgebenden Publikum mitzuthellen sind. Eine weitere Aufgabe dieses unter der Leitung des Staatsdepartements stehenden Büreaus ist, dem Congreß zeitweise allfällig für nöthig erachtete Maßregeln zur Berathung zu unterbreiten. Keine von der Bundesregierung ergriffenen Maßregeln für Entwicklung der Ansiedlung und Landwirthschaft hat so außerordentlich großartigen Erfolg erzielt, wie die weltbekannte „Homestead Bill“, die nach mehrfachen Modifikationen endlich am 20. Mai 1862 zum Gesetz erhoben wurde.

Als Hauptbestimmungen dieses Heimstätte-Aktes seien hier in Kurzem angeführt:

Unter Bedingung der faktischen Ansiedlung und des tatsächlichen Aufbaues und der Bewohnung einer Viertelsektion Landes (enthaltend 160 Morgen) während mindestens fünf Jahren kann Jeder, welcher Haupt einer Familie ist, oder das 21. Jahr erreicht hat, und nach abgelegter Erklärung, Bürger der Vereinigten Staaten werden zu wollen, sowie gegen die nominelle Auslage von 14 Dollars und endlicher Einzahlung von 204 Dollars in irgend einem Revier noch unbefetzten, aber vermessenen Regierungslandes sich einen derartigen Komplex aneignen.

Tausende und abermal Tausende von Einwanderern haben solche Landkomplexe ausgesucht und sich darauf niedergelassen. Viele haben somit in wenigen Jahren, allerdings unter zu Zeiten nicht geringer Entbehrungen, sich ein schönes Heimwesen gegründet, während Andere, welche den Strapazen eines Ansiedlers in hiesigen, entfernt gelegenen Bezirken nicht gewachsen oder überhaupt der Landwirthschaft selbst fremd waren, unterlagen und Gesundheit und Muth dabei verloren haben. Es hat überhaupt diese Ansiedlung auf Regierungsländereien vorzüglich für Europäer eine wohl zu beachtende Schattenseite. Beinahe jeder, einigermaßen intelligente, zur Auswanderung entschlossene Familienvater in der Schweiz weiß mehr oder weniger etwas von den Verfügungen des hiesigen Heimstätte-Gesetzes. Aber nur wenige können sich einen Begriff machen, wie schwierig es für einen Landesfremden ist, davon Nutzen zu ziehen. Er bedenkt nicht, daß er sich in der Auswahl des Landes der Konkurrenz erfahrener Landesinwohner, sowie deren Freunden und Verwandten auszusetzen hat, wenn er nicht von allen Verkehrswegen entfernt sich ansiedeln will, und es ihm nicht an allen Vortheilen, welche Schulen, Kirchen und ärztliche Hülfe anderswo bieten, mangeln soll, ja, daß er sogar nicht selten in lebensgefährlicher Lage oder zum wenigsten beständig allen möglichen Beraubungen seiner Habe und seines Viehes ausgesetzt ist. Es glückt überhaupt selten einem Ausländer, gerade sehr günstig gelegenes Land zu finden, welches sich noch im Besitze der Bundesregierung befindet. Ferner ist die Landwirthschaft hier an abgelegenen Orten eine so verschiedenartige von der heimathlichen, daß der einwandernde Landsmann alles von Neuem zu lernen hat. Hat er genügende Mittel, so wird sich dieses auch schon mit der Zeit anfassen lassen. Ohne Geldmittel jedoch, nur mit dem guten Willen, sollte keiner daran denken, sich hiesiges Regierungsland unter den Bedingungen des Heimstätte-Gesetzes aneignen zu wollen. Es ist kaum nothwendig, anzuführen, daß Leute, welche selbst in der Heimath dem Ackerbau fremd waren, allfällige Geldmittel bald eingebüßt haben, und wenn sie nichts besitzen, unfehlbar ins Elend gerathen. Solche Leute sollten jedenfalls ihr Weniges sparen und sich etliche Jahre ausdingen oder im Taglohn arbeiten, selbst gegen

ganz geringe Bezahlung, damit sie in dieser Zeit die Verkehrsweise und Landessprache kennen lernen können. Es ist somit die Ansicht des Unterzeichneten, daß durchgängig jedem auswanderungsentschlossenen Landsmann abzurathen ist, sich auf Regierungsland anzustedeln, es sei denn, daß derselbe bereits zuverlässige Freunde an Ort und Stelle hat, die ihm bei der Auswahl behülflich sein, sowie auch beim Anschaffen von Vieh, Ackergeräthschaften, Lebensmitteln und zur Errichtung einer Wohnstätte Hand anlegen und Hülfe leisten würden.

Alle Staatsregierungen haben durchgängig sich mehr oder weniger bemüht, europäische Einwanderer ihren betreffenden Landestheilen zuzuziehen. Vorzüglich haben sich in Thätigkeit hierin schon bereits mehrere Jahre die westlichen, am Mississippi und Missouri gelegenen Staaten hervorgethan. So hat im Jahre 1853 der Staat Wisconsin für Einwanderungskommissionen und Agenten etliche Jahre nacheinander 10,000 Dollar verwendet, und selbst jetzt noch werden jährlich 2000 Doll. allein für Veröffentlichung und Verbreitung von Aufsätzen etc. in Europa verausgabt, die zur Auswanderung nach dorten aufmuntern sollen. Der Staat Minnesota trifft angeblich die besten Verfügungen, um Einwanderer an sich zu ziehen. Der Gouverneur, der Staatssekretär und ein Kommissär bilden zusammen ein Einwanderungsbüreau, dem jährlich 10,000 Doll. zur Verfügung gestellt werden. Dieses Büreau bethätigt sich vorzüglich in Europa durch Verbreitung von möglichst leichtfaßlichen Informationen über die Vortheile, welche der Staat als Ansiedlungsziel bietet; zudem wird der Einfluß eines jeden Angesiedelten zu Nutzen gezogen, indem ihm alle Berichte etc. zur portofreien Versendung an seine noch in Europa wohnhaften Freunde und Bekannten zugestellt werden. Ferner werden durch persönliche Besuche sowie etwa gelegentliche Begünstigung und auch durch öffentliche Vorträge die Angesiedelten in ihrem eigenen Interesse, sowie demjenigen des Staates aufgefordert und angehalten, durch Privatbriefe und Zeitungskorrespondenzen allenthalben die Daheimgebliebenen aufzumuntern, den Vorangegangenen nachzufolgen. Man ist in diesen westlichen Staaten, wie Minnesota, Wisconsin, Nebraska und Iowa, in einer Hinsicht selbst noch weiter gegangen als das Heimstätte-Gesetz. Man gestattet sogar Einwanderern, welche sich ansiedeln, Land zu besitzen, ohne Ablegung der Erklärung, Bürger werden zu wollen.

Missouri hat ebenfalls seine Einwanderungskommission, welcher blos für den Druck und die Verbreitung von Dokumenten, deren bereits über 90,000 in Europa ausgetheilt worden sind, jährlich 2000 Dollar zugesagt wird.

Kansas ist ähnlich versehen mit einem Einwanderungsbüreau, welches

z. B. im letzten Jahre für Besoldung eines Agenten in Europa 2500 D. verausgabte.

Illinois verausgabte allein 7000 D. letztes Jahr für Repräsentationskosten in Europa. Selbst der neue Staat Nebraska verwendet nicht Unbedeutendes zur Förderung der Einwanderung.

Die Abschaffung der Slaverie hat jedoch diesen nordwestlichen Staaten eine neue und nicht zu verachtende und eben so wenig zu verschmähende Konkurrenz geschaffen in der sich steigenden Bewerbung um Einwanderung und Zuführung von Arbeitskräften nach den sog. südlichen Staaten, deren sämtliche Ländereien, welche nördlich vom 34. Breitengrad liegen, vermöge ihrer günstigen centralen Lage, des mildern Klimas und mannigfachen Reichthums an Mineralien und Cerealien, sowie durch äußerst billige Ankaufspreise für die so viele Jahre brach gelegenen Ländereien, dem Einwanderer selten gewährte Vortheile bieten können. Von Staatswegen hat in diesen Staaten noch sehr wenig geschehen können, indem die meisten erst seit Kurzem es versuchen, sich wieder staatlich zu ordnen.

Der Staat Maryland jedoch hat in Einwanderungsangelegenheiten den Vorsprung gewonnen, indem im Verlauf des nun zu Ende gehenden Jahres eine Einwanderungskommission bestellt worden ist, deren Vorgesetzter jährlich für sich und einen Kanzlisten 3000 Dollar erhält; ferner wurde ein Agent mit 2000 Doll. jährlichem Gehalt bestellt und dem besagten Kommissär sonst noch gestattet, für gewisse Zwecke Mittel aus dem Staatsfond zu beziehen.

Süd=Carolina, Nord=Carolina, West= und Alt=Virgienien, sowie Kentucky, Georgia, Alabama, Mississippi, Texas, Tennessee und Arkansas haben alle von Staatswegen mehr oder weniger Ma.regeln getroffen, um Ansiedler an sich zu ziehen. Vorläufig jedoch, bis zur bessern und kräftigern Organisirung ihrer respektiven Staatsregierungen haben sich dieselben mit Absendung einzelner Agenten nach Europa oder mit Veröffentlichung und Verbreitung ihrer bis jetzt noch zum Theil mangelhaften Berichte begnügt. Es wird diese südstaatliche Bewerbung um Ansiedler jedoch binnen wenigen Jahren eine sehr fühlbare werden und vermöge der faktisch bestehenden Vorzüge eine nicht wenig beneidete. Diese Staatsregierungen sind noch zu gelähmt, um in dieser Richtung jetzt viel ausrichten zu können. Gesellschaften und Privaten werden daher in erster Linie aus Selbstinteresse suchen, den Mangel an staatlicher Förderung zu ersetzen.

III. Eisenbahn=Korporationen im fernen Westen, welchen von Bundeswegen längs ihrer betreffenden Bahnen als Subvention zum Bau der Bahn und theilweisen Transport der Post jede andere Sektion von 160

Acker (acre) abgetreten wurde, verwerthen diese Landſchenkung nicht nur zum Vortheil des Bundes, ſondern meiſtens zu ihrem kolloſſalen Gewinn. Und dieſes geſchieht vorzüglich dadurch, daß kein Aufwand von Mitteln geſpart wird, um europäiſche Anſiedler für ſolche Länder zu gewinnen. Die fähigſten Agenten werden nach Europa verſandt, um dort zu agitiren.

Die Anſtrengungen, welche z. B. die Illinois Central-Eiſenbahn, ſowie die verſchiedenen zum Theil mit Land ſubventionirten Eiſenbahnen nach dem ſtillen Ocean machen, um Anſiedler zu gewinnen, gehen bis ins Unglaubliche. Es gehen dieſe hauptſächlich darauf aus, auf verſchiedenartige Weiſe einflußreiche Perſönlichkeiten für ſich zu gewinnen und von den bereits Angeſiedelten durch geeignete Korreſpondenzen von Ort und Stelle den Zuzug zu fördern. Manchem wird mitunter auch unter die Arme gegriffen; es geht ihm gut, und ſeine alten Nachbarn, bei denen er noch in Achtung ſtehen mag und deren Zutrauen er beſitzt, werden vollauf von der Sonnenſeite ſeiner Anſiedlungsverhältniſſe unterrichtet. Entſchließt ſich dann eine beträchtliche Anzahl, eben dahin auszuwandern, wohl und gut; wenn die Leute einmal angekommen ſind, ſo mag ihnen gutes oder ſchlechtes, paſſendes oder unpaſſendes Land angewieſen werden, ſie ſind doch, was die Hauptſache iſt — einmal da. Weiter ziehen können ſie nicht, und ungeachtet einiger Anſtrengung von Seite deſſenigen, der zu ihrer Hieherreiſe Veranlaſſung gab, kommen ſie bald zur Einſicht, daß ſie leider nun angewieſen ſind, laut dem amerikaniſchen Sprichworte „help your ſelf“ ſich wirklich ſelbſt zu helfen. Der Intelligenterer erkennt ſeine Situation bald und hilft ſich auf möglichſt praktiſche Weiſe; der Unbeholſene wird bald ſein Ziel in armseliger Handlangerarbeit finden. Vorſtehendes gilt für die Anſtrengungen, welche gemacht werden, abgelegene Gegenden anzufiedeln. Wir kommen nun zu betrachten.

(Fortſetzung folgt.)

Kleinere Mittheilungen.

Viehaffekuranz im Kanton Waadt. Der Kanton Waadt beſitzt ſchon ſeit 1821 ein Geſetz, welches die Affekuranz des Rindviehs gegen Verluſte, die in Folge polizeilicher Abſchlachtung entſtehen, normirt, — eine Viehſeucheaffekuranz. Außerdem beſtehen 35 Gemeindeviehaffekuranzgeſellſchaften, in welchen 7055 Stücke verſichert waren. Die Einrichtung derſelben iſt durchaus gleichmäßig und derjenigen in anderen Kantonen ähnlich, nur mit dem Unterſchied, daß die Affekuranzprämie nach Stück und nicht wie es ſein ſollte, nach dem Schätzungswerth beſtimmt iſt. Wie kommt es,